

20,4

Die Coronakrise hat Großbritannien voll erwischt. Um **20,4 Prozent** ist die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs im April eingebrochen. Es ist der größte Einbruch, den Großbritannien je erlebt hat – und dreimal so groß wie in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009

Quelle: ap

Rabatte an der Kasse

Konjunkturpaket ist auf den Weg gebracht. Verhaltener Optimismus

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, mit dem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket aus der Krise kommen zu können. „Ich sehe einen Hoffnungsschimmer, dass sich die Wirtschaft erholt“, sagte Finanzminister Olaf Scholz am Freitag in Berlin. Wirtschaftsminister Peter Altmaier ergänzte, es zeichne sich angesichts gelockter Corona-Auflagen eine Trendwende ab. In der zweiten Jahreshälfte werde es bergauf gehen.

Deutschland droht dieses Jahr die schwerste Rezession der Nachkriegszeit, weil die Wirtschaft wegen der Pandemie über Monate stillstand. Manche Experten rechnen – vor allem in der kühleren Jahreszeit – mit einer zweiten Coronawelle, die wieder zu Schließungen führen könnte. „Wir haben viel in unserer Hand“, sagte Scholz. Demnächst werde die Corona-App zur Verfügung stehen, um Infektionen besser nachverfolgen zu können. Zudem wirke die Maskenpflicht in Läden und dem öffentlichen Verkehr.

Die Bundesregierung rechnet 2020 mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 6,3 Prozent, 2021 dann aber wieder mit Wachstum von 5,2 Prozent. In einer Sondersitzung gab das Kabinett am Freitag grünes Licht für die ersten Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket. Herzstück ist die auf das zweite Halbjahr befristete Mehrwertsteuersenkung um 3 Punkte auf 16 Prozent, was den Fiskus knapp 20 Milliarden Euro kosten wird. Familien erhalten einen Bonus von 300 Euro pro Kind. Unternehmen können Investitionen zeitlich begrenzt besser abschreiben und Verluste stärker als bisher mit früheren Gewinnen verrechnen.

Fraglich ist, ob Unternehmen die Mehrwertsteuersenkung auch an die Verbraucher weiterreichen. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass es zu Preissenkungen kommt“, sagte Scholz. Laut einer Empfehlung des Wirtschaftsministeriums sollte der Einzelhandel erst an den Kassen pauschale Rabatte gewähren. Dann müssten nicht alle Preisschilder in den Regalen in der Nacht zum 1. Juli geändert werden. Dem „ZDF-Politbarometer“ zufolge erwarten 85 Prozent der Deutschen, dass die Absenkung nur wenig oder gar nichts bringt. Insgesamt ist die Zustimmung zum Konjunkturprogramm aber groß.

Nächste Woche will die Regierung die Finanzierung des Konjunkturpakets klären. Dafür muss Scholz einen zweiten Nachtragshaushalt vorlegen und erneut die Schuldenbremse außer Kraft setzen, was angesichts der Krise mit Kanzlermehrheit aber möglich ist. Zur Höhe der zusätzlichen Neuverschuldung äußerte sich Scholz nicht. Im Gespräch ist eine Neuverschuldung von bis zu 50 Milliarden Euro. (rtr)

Deutsche Bahn bietet 20-Fahrten-Ticket an

Die Deutsche Bahn bringt ein neues Mehrfahrerticket auf den Markt. Damit können NutzerInnen bis zu 20 Einzelfahrten in einem Monat auf einer festen Strecke mit Fernverkehrsanteil zurücklegen. Eine Zugbindung gibt es nicht. Nach Angaben der Deutschen Bahn kostet die Mehrfachfahrkarte bis zu 33 Prozent weniger als ein Monats-Ticket ohne Abo für dieselbe Strecke. Das Ticket ist nicht übertragbar und nur online buchbar. Fahrten, die nicht innerhalb des Monats erfolgen, verfallen. Ein City-Ticket, das die kostenlose Weiterfahrt im Nahverkehr am Start- und Zielort ermöglicht, ist nicht inbegriffen.

Das Angebot richtet sich an PendlerInnen, die auch im Homeoffice arbeiten. „Viele fahren nicht mehr jeden Tag zu ihrem Arbeitsplatz, sondern arbeiten einen oder zwei Tage pro Woche von zu Hause aus“, sagte DB-Fernverkehrschef Michael Peterson.

Die Deutsche Bahn leidet extrem unter der Coronakrise. Obwohl die Fahrgastzahlen stark eingebrochen sind, sind die meisten Züge auch während des Lockdowns gefahren. Da der Konzern im Ausland im Personen- und Güterverkehr stark expandiert hat, trifft ihn der weltweite Wirtschaftseinbruch. Die Regierung unterstützt den Konzern mit einem milliardenschweren Hilfspaket. Anja Krüger



Holger Stahlknecht, Innenminister von Sachsen-Anhalt
Foto: Klaus-Dietmar Gabbert/dpa/picture alliance

Bestürzung über Prepper-Gruppe

Im Landtag in Sachsen-Anhalt verurteilt Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) rechtsextreme Gruppierung von Reservisten

Aus Berlin Sebastian Erb und Christina Schmidt

Der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht (CDU), hat sich bestürzt über Äußerungen von Mitgliedern einer rechtsextremen Preppergruppe aus Sachsen und Sachsen-Anhalt geäußert. „Dieses Verhalten ist in keiner Weise tolerierbar“, sagte er am Freitag im Landtag in Magdeburg. Besonders gravierend sei, dass die Männer aufgrund ihres Dienstgrades als Soldaten eine gewisse Vorbildfunktion hätten.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hatte sich auf Antrag der mitregierenden SPD mit der Angelegenheit beschäftigt. Deren innenpolitischer Sprecher Rüdiger Erben wandte sich an die AfD-Fraktion: „Sie wissen und wussten ganz genau, aus welchen Milieus Sie Ihre Mitarbeiter rekrutieren.“ Das Gruppenmitglied Michael S. war Mitarbeiter der AfD-Fraktion. Man könne nicht hinnehmen, dass Rechtsextreme als Reservisten die Bundeswehr unterwandern, so Erben. Er saß selbst jüngst gemeinsam mit einem Mitglied der Preppergruppe im Coronakrisenstab eines Landkreises. „Ich hätte nie gedacht, dass Gunnar G. Gegenstand einer Landtagsdebatte sein würde.“

Vor einer Woche hatte die taz eine rechtsextreme Preppergruppe aufgedeckt, deren Mitglieder sich auf einen „Rassenkrieg“ vorbereiteten, inklusive Waffenbeschaffung, Schießtraining und Überlegungen, ein Dorf zu unterwerfen. Die Männer der Gruppe kennen sich aus einer völkischen Burschenschaft und sind Reservisten.

Sebastian Striegl von den Grünen forderte in der Debatte, dass die Nachrichtendienste

ihre Arbeit besser abstimmen. Es brauche eine „klare Zuständigkeit zwischen Verfassungsschutz und MAD“, damit Reservisten nicht durch das Raster fielen. „Es geht hier nicht um ein paar Leute, die die Bevorratung zu ernst nehmen“, betonte die Linke-Abgeordnete Henriette Quade, sondern um „paramilitärische Strukturen“, und ein „militantes Netzwerk“.

Infolge der Veröffentlichungen ist ein lokaler CDU-Funktionär aus Sachsen-Anhalt mit Kontakten zur Preppergruppe

„Die veröffentlichten Recherchen sind schockierend“, heißt es beim Reservistenverband

inzwischen aus der Partei ausgetreten. Der Reserveoffizier Kai Mehliß kam damit einem Parteiausschlussverfahren zuvor, das der CDU-Landesvorstand am Freitag einstimmig beschlossen hat. Auch von seinem Posten als Vizevorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes Sachsen-Anhalt ist der Berufsschullehrer zurückgetreten.

Mehliß hatte Michael S. im Chat mit „Sieg Heil, Herr Hauptmann!“ begrüßt. Das hatte zuerst die Rechercheplattform LSA Rechtsaußen veröffentlicht. Mehliß hatte zuvor als Mitglied des inzwischen als Verfassungsschutz-Prüfamt geführten Vereins Uniter Schlagzeilen gemacht.

Inzwischen sind auch Ermittlungsbehörden mit dem Fall befasst. Es sei ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet worden, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Leipzig der taz. Es wird also geprüft, ob ein An-

fangsverdacht vorliegt. Auch der Staatsschutz des Landeskriminalamtes Sachsen hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, wie der LKA-Sprecher bestätigte. Eine konkrete Gefahr sei allerdings nicht zu erkennen, weil es sich um Vorgänge handle, die schon einige Jahre zurücklägen.

Sachsen-Anhalts Innenminister Stahlknecht hat ebenso Überprüfungen vonseiten der Nachrichtendienste und der Ermittlungsbehörden angekündigt. Die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau, in deren Zuständigkeit die Schießhalle Jüdenberg liegt, auf der mutmaßlich illegale Schießtrainings rechtsextremer Burschenschafter stattfanden, reagierte am Freitag nicht auf eine taz-Anfrage.

Neben dem Verteidigungsministerium hat auch der Reservistenverband Aufklärung in der Sache versprochen und die involvierten Mitglieder sowie die Verantwortlichen im Schießsport schriftlich um Stellungnahmen gebeten. „Die veröffentlichten Recherchen sind schockierend“, heißt es in einer Mitteilung des Verbandes, der mehr als 115.000 Mitglieder hat. Diese Einschätzung wird aber offenbar dort nicht von Mitgliedern geteilt.

Michael S. hat seit mindestens 2012 ein Amt in der sächsischen Landesgruppe des Reservistenverbandes inne. Deren Präsident Hans-Jürgen Domani, Oberstleutnant der Reserve, schrieb nach der taz-Veröffentlichung auf seiner Facebook-Seite: „Viel Lärm um nichts! Während des Ansturms von Millionen von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten haben sich diese Spinner Gedanken gemacht, wie sie die Ausrottung der Deutschen überleben können. Sie hatten weder vor, die Bundesrepublik abzuschaffen, noch wollten sie die Ausländer ausrotten.“

Gegen Ausbeuten

Ratspräsidentschaft nutzen für EU-weites Lieferkettengesetz

Von Finn Mayer-Kuckuk

Im Kampf gegen Kinderarbeit, Ausbeutung und Umwelterstörung will Deutschland seine EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um ein europäisches Lieferkettengesetz zu erarbeiten. Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel die Diskussion über deutsche Normen im März vertagt hatte, macht Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) nun einen europäischen Vorstoß: Er wolle Regeln für die Lieferketten zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft machen, sagte er anlässlich des Internationalen Tags gegen Kinderarbeit der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Alle großen Unternehmen wären dann verpflichtet, faire Löhne für die Arbeiter in ihren Lieferketten zu bezahlen und Kinderarbeit zu beenden, dort wo unsere Schuhe, Kleidung, Kaffee produziert werden“, sagte Müller.

Das Wirtschaftsministerium hatte die Arbeit an einem deutschen Gesetz auf Druck der Wirtschaft mit Verweis auf die Coronakrise zurückgestellt. Den Firmen gehe es ohnehin schon schlecht – da könne die Regierung nichts planen, das weitere Kosten verursache. Dabei kommt der neue Vorstoß auch den Forderungen der Verbände entgegen. So hat der Handelsverband Deutschland (HDE) schon im vergangenen Jahr eine europäische Regelung gefordert – damit deutsche Firmen keine Nachteile gegenüber der Konkurrenz haben.

Einer Studie der EU-Kommission zufolge würde ein Lieferkettengesetz die großen Unternehmen nur 0,005 Prozent ihrer Umsätze kosten. Für die Menschen auf Kaffeeplantagen oder in den Textil- oder Chemiefabriken der Schwellenländer könnte es dagegen einen riesigen Unterschied machen. Ein entsprechend streng gestaltetes Gesetz könnte auch der Abholzung der Regenwälder für den Anbau von Kakaobohnen entgegenwirken, glauben Experten der Organisation Mighty Earth.

Der Vorstoß Müllers stößt bei Menschenrechtsgruppen daher auf Zustimmung. „Wir haben selbst schon länger eine EU-Regulierung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gefordert“, sagt Armin Paasch von der Organisation Misereor gegenüber der taz. Allerdings sollte Deutschland vorangehen und zuerst ein nationales Gesetz verabschieden, damit die EU mitziehen könne. Ein Prüfverfahren, das Ansichten von verschiedenen Seiten zusammenträgt, könne im Juli abgeschlossen werden. Deutschland übernimmt im Juli die EU-Präsidentschaft.